

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleit. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 18. Ruf 14574 u. 21 206.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
60 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamazeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatskassenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Dr. Fritz Klauer in Dresden.

Nr. 63

Dresden, Dienstag, 15. März

1932

Für Treu und Glauben. Große Kundgebung des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Verband Sächsischer Industrieller trat heute in Dresden zu seiner 29. ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Die Tagung begann vormittags mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung, bei der der Verbandsvorsitzende Direktor Witzke die Erschienenen willkommen hieß. In seinem Nachruf auf die Verstorbenen der letzten Jahre gedachte Direktor Witzke insbesondere auch des letzten sächsischen Königs. Nach Erstattung des Jahresberichts erfolgte die Wahl des Gesamtvorstandes, die im wesentlichen die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder ergab.

Dem Bericht über die Wirtschaftspolitik des Verbandes Sächsischer Industrieller erstattete Direktor Witzke. Der Verband stehe nach wie vor zu seiner Forderung nach endgültiger Einhellung der Reparationsleistungen. Der Verband fordere eine neue politische wie wirtschaftspolitische Orientierung und keine unangewandten Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens, ab. Um die Vertrauenskrise zu bannen, gelte es einen Kampf gegen den Zentralismus zu führen. Direktor Witzke streifte in diesem Zusammenhang die Frage der Verteilung öffentlicher Aufträge und einer regionalen Wirtschaftspflege. In der handelspolitischen Lage der Verband schon immer Besorgnismaßnahmen gegen die Abschleppungen des Auslandes gefordert. Eine isolierte Behandlung des Preisproblems lehne der Verband ab.

Direktor Witzke wandte sich sodann den Voraussetzungen für eine Selbstkostenfestsetzung zu, wobei er insbesondere auf das Problem der Soziallasten hinwies. Der Finanzausgleich müsse die Selbstverwaltung in Ländern und Gemeinden auf der Grundlage der Eigenverantwortung ermöglichen. Von einem Steuerabbau sei bis heute noch nichts zu merken. Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Redner gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Weitererhebung der Wertsteuer über den vorgelegenen Termin hinaus. Die Notverordnungen stellten gewisse Anlässe zu einer Umkehr in der Finanz- und Wirtschaftspolitik dar. Die Industrie müsse dazu mitwirken, diesen Weg zu finden und zu Ende zu gehen.

Darauf erstattete der erste Geschäftsführer des Verbandes, Syndikus Dr. Schubert, den Bericht über die Einseitigkeit der Geschäftsführer. Eine umfangreiche Vortrag- und Sitzungstätigkeit, die sich über das ganze Land erstreckt, habe, ergänzt durch zahlreiche Sprechstunden, Firmenbesuche und die laufende Berichterstattung in engler Anlehnung an die Wünsche und Forderungen einzelner Industrien und Bezirke trotz der Komplexität der behandelten Fragen dafür gesorgt, daß die Einseitigkeit der sächsischen Industrie auf die deutsche Wirtschaftspolitik nach einseitigen Gesichtspunkten erfolgen konnte. Auch habe man verantwortliche Persönlichkeiten der Berliner Zentralstellen in unmittelbarer Verbindung mit der sächsischen Industrie gebracht und ihnen so einen Einblick in die Besonderheiten der sächsischen Produktionsbedingungen und die gegenwärtige Notlage verschafft. So sei es gelungen, das Verständnis für die Lebensverhältnisse und Standortbedingungen der sächsischen Industrie zu wecken und zu festeren. Zu diesem Zweck habe man auch mehrfach Delegationen des Verbandes in die Reichsministerien und sonstigen Stellen entsandt. Dr. Schubert ging sodann auf die zahlreichen Einzelmaßnahmen des Verbandes auf den verschiedenen Gebieten seines Tätigkeitsbereiches näher ein und schloß mit dem Appell an die Mitglieder, die Verbandstätigkeit auch in Zukunft zu unterstützen. — Die geschlossene Mitgliederversammlung fand dann mit einem Schlußwort ihres Vorsitzenden ihr Ende.

Der Verband Sächsischer Industrieller gestaltete seine 29. ordentliche Hauptversammlung diesmal zu einer besonderen Kundgebung „Treu und Glauben“. Der Vorsitzende **Direktor Witzke** begrüßte die im Saale des Vereinsthauses tagende Versammlung, insbesondere die Ehrengäste, die in großer Zahl erschienen waren. Man sah Ver-

treter der Reichs-, Staats- und sächsischen Behörden, namentlich aber hatten die Landwirtschaft, Groß-, Einzel- und Kleinhandel und das Handwerk vielköpfige Delegationen entsandt. Aus dieser Zusammenkunft der Teilnehmerchaft läßt sich leicht die besondere Bedeutung der Tagung ablesen. Sie umspannt diesmal sämtliche Wirtschaftskreise und die 29. Hauptversammlung des V.S.I. wächst damit über ihren Rahmen hinaus, zu einer nationalen Kundgebung. Sie dokumentiert, daß man Willens ist, eine geschlossene Front der Wirtschaft zu bilden. Eine Tatsache, die wohl zum erstenmal im gesamtdeutschen Wirtschaftsleben so einmütig in Erscheinung tritt.

Sodann ging der Redner kurz auf die Geschichte des Verbandes ein und führte etwa folgendes aus: „Der V.S.I. wurde geschaffen, nicht um einen Staat im Staate zu bilden, nicht um eine Klasse mit Abschlußtendenzen gegen andere Klassen zu umgrenzen, nicht um einen Interessenshaufen zu schaffen, der Raubbau an der Volkswirtschaft treibt, sondern jedem Einzelgliede unkerer Industrie in der Volksgemeinschaft durch Einigkeit und Eingliederung in seinen Stand die Stärke zu geben, die mit dem Einzelnen dem Ganzen nützt, die soziale oder besser soziologische Stärke, die es erfordert, daß die Einzelnen, um stark zu werden,

zu Konzetnen, Trübe, Kartellen zusammenzuwachsen müssen, die Einigkeit in unserem Grenzlande, die Fleiß und aus hundert Gründen bleiben wird, auch wenn man Landesgrenzen beseitigen und von Stellen des Reiches aus die dem Landescharakter angeborene Stärke verwischen will.“ Abschließend gedachte der Redner mit Dank aller Mitglieder, Städte und der früheren Zeiten, die zur Bewirklichung der Verbandziele beigetragen haben.

Die Kundgebung ergriff der **Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Hedrich** namens der sächsischen Regierung das Wort zu folgenden Ausführungen: „Namens der Sächsischen Staatsregierung beziehe ich mich dem Verbande Sächsischer Industrieller zu seiner heutigen Tagung die besten Grüße zu erwidern. Ich verbinde damit den aufrichtigsten Glückwunsch, und zwar ist dieser Glückwunsch ein doppelter: Zunächst ein solcher zur Vollendung des dreißigjährigen Jubiläums seines Bestehens, in dem er eine Fülle fruchtbarer Arbeit zum Segen unserer sächsischen Wirtschaft geleistet hat. Diese Arbeit hat sich mit der fortschreitenden Intensivierung der

Wirtschaft und der behauerlichen Zunahme der Krisenerscheinungen in ganz außerordentlicher Weise gesteigert, in einem Maße, daß es Ihnen geboten erschien, die Arbeiten, die Ihrem Herrn Vorsitzenden obliegen, nicht mehr ehrenamtlich, so gewissermaßen nebenbei, erledigen zu lassen, sondern zu ihrer Bewältigung fortan einen berufsmäßigen Vorsitzenden zu ernennen. Ich glaube, Sie haben recht daran getan. In einer Zeit, wo fortgesetzt Wirtschaftstragen der schwerwiegendsten und weitesttragenden Bedeutung im Vordergrund stehen, in einer Zeit in der in solchen Dingen nur der Führer sein kann, der die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus kennt. Sie haben recht auch daran getan, daß sie in diese Stelle ihren bewährten bisherigen Vorsitzenden berufen haben. Auch hierzu kann ich Ihnen nur gratulieren.

Wenn und dankbar erkenne die Sächsische Regierung und insbesondere das von mir vertretene Wirtschaftsministerium an, daß der Verband unermüdet und trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihm hierbei entgegenstellen haben, erfolgreich für die Aufrechterhaltung der in besonders schwerem Existenzkampf befindlichen sächsischen Industrie tätig gewesen ist. Der Regierung ist er im Kampfe nicht nur um die Erhaltung der materiellen Grundlagen ihres Fortbestehens, sondern auch in dem Ringen um die Erwerbung und Stärkung der Kräfte für den sittlichen und nationalen Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft ein tatkräftiger und unverzichtbarer Führer gewesen. Wohl unbestritten ist heute der Verband Sächsischer Industrieller der bedeutendste landwirtschaftliche Verband Deutschlands, der mit unserer sächsischen überwiegend auf Bearbeitung und auf Export angewiesenen Industrie aufs engste ver wachsen ist.

Wohin wir gehen, allerorten Kampf. Kampf nicht nur im Fernen Osten, wo wieder einmal, wie schon so oft, die Völker aufeinander schlagen, Kampf im Völkerbunde, wo um die Gleichstellung Deutschlands, um die Abkehrung der Völker, um die Remittenz und um die Zahlung der Tribute gerungen wird, Kampf endlich auch im Inlande, Wahlkampf, Wirtschaftskrieg, Kampf um die Arbeitsplätze, Handels- und Zollkrieg. Sind die erwähnten Kämpfe in Deutschland nahezu zu Erscheinungen des Alltags geworden, so sind die handelspolitischen Kämpfe in Deutschland erst neuerdings in ein erheblich verwickeltes Stadium getreten. Wie ein Wandel zurück in längere verunkelene Zeiten mutet es an, daß eine Zollmauer nach der anderen wieder rings emporsteigt und die deutsche Industrie absperrt. Lange hat Deutschland gegehrt, solche Kampfmaßnahmen mit Gegenmaßnahmen zu beantworten, aber, auf den Export angewiesen, wie unser Land nun einmal ist, kann das Deutsche Reich, wenn es seine tiefsten Interessen und sonstigen Verpflichtungen erfüllen will, schließlich gar nicht anders handeln, als der Verhinderung der deutschen Warenausfuhr eine entsprechende Abwehr entgegenzusetzen und durch Androhung der Verdoppelung der Zollsätze im sogenannten Oberstufen für die Länder, mit denen Deutschland bisher keine Handelsverträge abgeschlossen hat, oder die Waren anderer Länder vor den unfrigen begünstigen, eine Warnungsdarstellung aufzurufen, die ihnen zeigen soll, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, sich zum Spielball ihrer zollpolitischen Launen machen zu lassen. Freilich sind diese zollpolitischen Abwehrmaßnahmen, mit denen die Regierung einen Schutzwall um die nationale Wirtschaft gegenüber den Siderungen und Erdröckern in anderen Ländern zu ziehen sich genötigt gesehen hat, nicht ohne Bedenken, da jede Zollmauer, je höher sie wird, desto stärker auch der einzelnen Wirtschaft die ihr

Wirtschaft und der behauerlichen Zunahme der Krisenerscheinungen in ganz außerordentlicher Weise gesteigert, in einem Maße, daß es Ihnen geboten erschien, die Arbeiten, die Ihrem Herrn Vorsitzenden obliegen, nicht mehr ehrenamtlich, so gewissermaßen nebenbei, erledigen zu lassen, sondern zu ihrer Bewältigung fortan einen berufsmäßigen Vorsitzenden zu ernennen. Ich glaube, Sie haben recht daran getan. In einer Zeit, wo fortgesetzt Wirtschaftstragen der schwerwiegendsten und weitesttragenden Bedeutung im Vordergrund stehen, in einer Zeit in der in solchen Dingen nur der Führer sein kann, der die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus kennt. Sie haben recht auch daran getan, daß sie in diese Stelle ihren bewährten bisherigen Vorsitzenden berufen haben. Auch hierzu kann ich Ihnen nur gratulieren.

Wenn und dankbar erkenne die Sächsische Regierung und insbesondere das von mir vertretene Wirtschaftsministerium an, daß der Verband unermüdet und trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihm hierbei entgegenstellen haben, erfolgreich für die Aufrechterhaltung der in besonders schwerem Existenzkampf befindlichen sächsischen Industrie tätig gewesen ist. Der Regierung ist er im Kampfe nicht nur um die Erhaltung der materiellen Grundlagen ihres Fortbestehens, sondern auch in dem Ringen um die Erwerbung und Stärkung der Kräfte für den sittlichen und nationalen Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft ein tatkräftiger und unverzichtbarer Führer gewesen. Wohl unbestritten ist heute der Verband Sächsischer Industrieller der bedeutendste landwirtschaftliche Verband Deutschlands, der mit unserer sächsischen überwiegend auf Bearbeitung und auf Export angewiesenen Industrie aufs engste ver wachsen ist.

Wohin wir gehen, allerorten Kampf. Kampf nicht nur im Fernen Osten, wo wieder einmal, wie schon so oft, die Völker aufeinander schlagen, Kampf im Völkerbunde, wo um die Gleichstellung Deutschlands, um die Abkehrung der Völker, um die Remittenz und um die Zahlung der Tribute gerungen wird, Kampf endlich auch im Inlande, Wahlkampf, Wirtschaftskrieg, Kampf um die Arbeitsplätze, Handels- und Zollkrieg. Sind die erwähnten Kämpfe in Deutschland nahezu zu Erscheinungen des Alltags geworden, so sind die handelspolitischen Kämpfe in Deutschland erst neuerdings in ein erheblich verwickeltes Stadium getreten. Wie ein Wandel zurück in längere verunkelene Zeiten mutet es an, daß eine Zollmauer nach der anderen wieder rings emporsteigt und die deutsche Industrie absperrt. Lange hat Deutschland gegehrt, solche Kampfmaßnahmen mit Gegenmaßnahmen zu beantworten, aber, auf den Export angewiesen, wie unser Land nun einmal ist, kann das Deutsche Reich, wenn es seine tiefsten Interessen und sonstigen Verpflichtungen erfüllen will, schließlich gar nicht anders handeln, als der Verhinderung der deutschen Warenausfuhr eine entsprechende Abwehr entgegenzusetzen und durch Androhung der Verdoppelung der Zollsätze im sogenannten Oberstufen für die Länder, mit denen Deutschland bisher keine Handelsverträge abgeschlossen hat, oder die Waren anderer Länder vor den unfrigen begünstigen, eine Warnungsdarstellung aufzurufen, die ihnen zeigen soll, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, sich zum Spielball ihrer zollpolitischen Launen machen zu lassen. Freilich sind diese zollpolitischen Abwehrmaßnahmen, mit denen die Regierung einen Schutzwall um die nationale Wirtschaft gegenüber den Siderungen und Erdröckern in anderen Ländern zu ziehen sich genötigt gesehen hat, nicht ohne Bedenken, da jede Zollmauer, je höher sie wird, desto stärker auch der einzelnen Wirtschaft die ihr

bleiben würden. Die endgültigen Ermittlungen des Sächsischen Statistischen Landesamtes haben diese Vermutung bestätigt. Nur bei Sommergerste und Hafer konnte eine Mehrernte erzielt werden, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Erträge dieser beiden Getreidearten im Jahre 1931 besonders niedrig lagen. Auch 1931 hat sich die Verschuldung bedenklich vergrößert. An Pfandbriefhypotheken sind beim Landwirtschaftlichen Kreditverein Dresden, beim Erblichbäuerlichen Mittelständlichen Kreditverein Leipzig und dem Landwirtschaftlichen Bank zu Bautzen zusammen 13221800 RM. neu begeben worden. Der Gesamtbestand an Pfandbriefhypotheken betrug sich am 31. Dezember 1931 auf insgesamt 109290607 RM. In diesen Ziffern kommt jedoch nur ein Teil der Hypothekendarstellung zum Ausdruck; der Gesamtbestand ist höher, da von anderen Seiten ebenfalls Darlehen stattgefunden haben. Auch die Verzinsung der Aufwertungshypotheken ist immer drückender geworden. Der Gesamtbestand an Aufwertungshypotheken belief sich zusammen auf 48032841 RM. Dazu kommt noch der zahlenmäßig nicht zu fassende Personalkredit.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Inanspruchnahme der Landwirtschaftskammer in allen ihren Abteilungen seitens der praktischen Landwirte im vergangenen Jahre keineswegs abgenommen hat, sondern sich noch in erheblichem Umfang erhöht.

Die Sitzung der Landwirtschaftskammer abgebrochen.

Dresden, 15. März.
Die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen sollte heute ihre 12. Gesamtsitzung abhalten. Die Staatsregierung war durch eine Reihe von Ministerialräten vertreten. Vizepräsident Witzke eröffnete mit 14stündiger Verspätung die Sitzung und gab unter lebhafter Aufmerksamkeit bekannt, daß Präsident Bogeljang und Vizepräsident Körner heute ihre Ämter niedergelegt hätten.

Die nichtnationalsozialistischen Kammermitglieder legten eine Entschlüsselung vor, in der es heißt, daß Vizepräsident Körner ein Flugblatt verbreitet habe, in dem gegen Vizepräsident Bogeljang schwere Beschuldigungen enthalten seien, weshalb ihm die Mitgliedschaft entzogen und ihm das Vertrauen entzogen werde. Durch dieses Flugblatt sei Vizepräsident Bogeljang veranlaßt worden, sein Amt niederzulegen. Diese Ereignisse liefen in der Kammer größte Verwirrung hervor. Ein Antrag, die Sitzung zu vertagen, wurde angenommen.